



# Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 318-2025  
Vorstossart: Interpellation  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.1494

Eingereicht am: 26.11.2025

Fraktionsvorstoss: Nein  
Vorstoss Ratsorgan: Nein  
Eingereicht von: Achermann (Bern, SP) (Sprecher/in)  
Hügli (Münchenbuchsee, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein  
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom  
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

## Wie schliesst der Regierungsrat bestehende Lücken im Schutzsystem für Frauen mit Behinderung?

Frauen mit Behinderung sind gemäss internationalen Studien deutlich häufiger von Gewalt betroffen als Frauen ohne Behinderung. Für die Schweiz zeigt der Bundesratsbericht «*Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz*» (2023), dass Menschen mit Behinderung einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind und dass Beratungsangebote, Schutzunterkünfte und weitere Unterstützungsleistungen für sie oftmals nicht barrierefrei zugänglich sind. Der Bericht hält fest, dass Betroffene mit Behinderung häufig erschwerte Zugänge zu unabhängigen Unterstützungsangeboten haben und dass bestehende Strukturen ihren spezifischen Bedürfnissen vielfach nicht ausreichend Rechnung tragen.<sup>1</sup>

Im Kanton Bern liegt mit der *Kantonalen Opferhilfestrategie 2023–2033* ein umfassendes Strategiepapier vor, das die Weiterentwicklung der Opferhilfe regelt und Grundsätze wie Zugänglichkeit, Qualität und Wirksamkeit der Angebote festhält.<sup>2</sup>

Trotz dieser Grundlagen bleibt offen, wie gut das bernische Schutz- und Hilfesystem tatsächlich auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Behinderung ausgerichtet ist. Vor dem Hintergrund ihrer erhöhten Gefährdungssituation und der vom Bund festgestellten Barrieren stellt sich die Frage, wie der Regierungsrat bestehende Lücken im Kanton Bern schliesst und einen gleichberechtigten Zugang zur Opferhilfe sicherstellt.

<sup>1</sup> [https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/79667.pdf?utm\\_source=chatgpt.com](https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/79667.pdf?utm_source=chatgpt.com)

<sup>2</sup> <https://www.gsi.be.ch/content/dam/gsi/dokumente-bilder/de/ueber-uns/amt-f%C3%BCr-integration-soziales/projekte-ais/kantonale-opferhilfestrategie-de.pdf>

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass Menschen mit Behinderung gleichberechtigten Zugang zu Opferhilfeangeboten haben?
2. Welche Schritte unternimmt der Kanton, um Beratungsstellen, Unterkünfte und Informationsangebote barrierefrei und zugänglich zu gestalten?
3. Wie werden Fachpersonen in Polizei, Medizin und Sozialarbeit darin geschult, Gewalt an Frauen mit Behinderung zu erkennen und korrekt weiterzuleiten?
4. Wie wird gewährleistet, dass Mitarbeitende der Opferhilfe über das nötige Wissen zu Behinderung, Diversität und Inklusion verfügen?
5. Welche Massnahmen bestehen, um Frauen mit Behinderung nach einem Opferhilfeverfahren oder Schutzaufenthalt bedarfsgerecht weiterzubegleiten?
6. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Behindertenrechtskonvention in der künftigen Planung und Steuerung der Opferhilfe berücksichtigt wird?

Verteiler

- Grosser Rat